



Ende der großlosen Zeit

Der Händedruck zwischen Castro und Obama und warum sich Staaten wie verkrachte Nachbarn benehmen dürfen. Seite 21

Fotos: dpa/epa/Estudios Revolucion, AFP, AFP/STR(M), AFP/Jerome Delay, AFP/Olivier Matthys

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 25./26. April 2015

70. Jahrgang/Nr. 96

Berlinausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kein Herz für Flüchtlinge

Martin Ling über hehre Worte und magere Taten beim EU-Gipfel

Finanziell eine Rolle rückwärts, politisch ein Schlag ins Wasser. Die monetäre Ausstattung der EU-Grenzschutzmission Triton wird verdreifacht und beläuft sich damit mit neun Millionen Euro pro Monat exakt auf dem Niveau, das Italien alleine von Oktober 2013 bis November 2014 mit der Operation »Mare Nostrum« gestemmt hatte. Der quantitativen Aufwertung entspricht freilich keine qualitative: Triton bleibt Triton und damit dem Grenzschutz verpflichtet, während Mare Nostrum mit dieser Regel brach und auf Seenotrettung setzte. Bis vor die libysche Küste und mit Erfolg: Über 140 000 Schiffbrüchige konnten gerettet werden.

Zwei Flüchtlingskatastrophen in kurzem zeitlichen Abstand mit über 1000 Toten mögen die EU-Staatschefs medial so unter Druck setzen, dass mit einem Sondergipfel reagiert wird. Für einen Politikwandel, auf den sich die 28 EU-Staaten verständigen müssten, reicht das noch lange nicht.

»Vor allem, und das kommt an allererster Stelle – geht es darum, Menschenleben zu retten und dazu auch die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.« Das sagte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel auf dem Gipfel. Wohl wahr, nur dass die geeigneten Maßnahmen zum wiederholten Male nicht in Angriff genommen wurden: Kurzfristig kann es nur darum gehen, eine zivile europäische Seenotrettung aufzubauen. Mittel- und langfristige nur darum, den Flüchtlingen zu Hause lebenswerte Perspektiven zu verschaffen. Nur wer nichts mehr zu verlieren hat, begibt sich hinaus aufs Meer.

UNTEN LINKS

Der Chef der Grenzschutzbehörde FRONTEX ist mit in Beuteln abgefüllter Marmelade beworfen worden. Viel mehr lässt sich über diesen Vorfall leider nicht berichten, denn die Polizeinachricht ist dürr (»am Oberkörper getroffen, jedoch nicht verletzt«). Und der berühmte Rechercheverbund aus NDR, WDR und »Süddeutscher Zeitung« hat kläglich versagt und die Brisanz der Nachricht nicht erfasst. Dabei wissen doch Marmeladenfreunde, dass die Zeit des Einkochens bald wieder anbricht. Da hätte man – um die Trends auf dem Protestmarmeladensektor besser einschätzen zu können – schon ganz gern gewusst, ob die Früchte aus regionalem, besser noch biodynamischem Anbau stammten. Ob das Zeug mit Gelierzucker angedickt wurde oder mit Apfelpektin. Mit welcher Farbe das mutmaßlich weiße Chemiesett des Beamten besudelt wurde. Und ob es sich überhaupt um Marmelade im Sinne der Konfitürenverordnung (KonfV) handelte oder um irgendeine undefinierbare Pamppe. wh

Flotte der Verdammten

Enttäuschung nach EU-Gipfel / Kritiker: Beschluss wird Menschenleben kosten



Foto: dpa/Alberto Estevez

Berlin. Sinnbildlich für die allgemeine Enttäuschung nach dem EU-Krisengipfel in Brüssel kann eine Aktion stehen, die Flüchtlingshilfeaktivisten dieser Tage am Strand von Sant Sebastia in Barcelona starteten. Eine Flotte von Papierschiffchen lässt ahnen, mit welchen Aussichten sich Flüchtlinge nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag in Brüssel auf den Weg nach Europa machen können. »Der Beschluss ist ein weiteres Aussetzen der humanitären Katastrophe auf dem Mittelmeer und wird in den nächsten Monaten viele weitere Menschenleben kosten«, erklärte Selmin Caliskan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. Die 28 Staats- und Regierungschefs hatten am Donnerstagabend vereinbart, mehr Geld und Schiffe für Seerettungseinsätze im Mittelmeer bereitzustellen, allerdings unverändert in der Hand der Grenzschutzagentur FRONTEX. Unklar ist, wie weit die Einsätze auch die gefährlichen Seegebiete außerhalb der italienischen Hoheitsgewässer abdecken. Zudem wurde den Schleusern an der nordafrikanischen Küste der Kampf angesagt. »Denkbar mager« nannte die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD) die Gipfelergebnisse. »Leider wurden wir auch

bei dem einen Schritt enttäuscht, den doch vorgeblich alle wollten: Eine ordentliche Seenotrettung auf die Beine zu stellen«, erklärte Özoguz am Freitag in Berlin. Die innenpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Ulla Jelpke, kritisierte, die Botschaft laute: Wir machen weiter wie bisher. »Die EU setzt weiter auf Abschottung, sie setzt auf FRONTEX, sie setzt auf die militärische Bekämpfung von Schleusern – das einzige, worauf sie nicht setzt, ist die vorbehaltlose Rettung von Flüchtlingen.« Diakonie-Präsident Ulrich Lilie forderte für die Seenotrettung einen »viel größeren Radius«. nd/Agenturen Seiten 3 und 4

bei dem einen Schritt enttäuscht, den doch vorgeblich alle wollten: Eine ordentliche Seenotrettung auf die Beine zu stellen«, erklärte Özoguz am Freitag in Berlin. Die innenpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Ulla Jelpke, kritisierte, die Botschaft laute: Wir machen weiter wie bisher. »Die EU setzt weiter auf Abschottung, sie setzt auf FRONTEX, sie setzt auf die militärische Bekämpfung von Schleusern – das einzige, worauf sie nicht setzt, ist die vorbehaltlose Rettung von Flüchtlingen.« Diakonie-Präsident Ulrich Lilie forderte für die Seenotrettung einen »viel größeren Radius«. nd/Agenturen Seiten 3 und 4

Beschimpfungen in der Eurogruppe

Kein Ergebnis in Riga – aber Griechenlands Finanzminister wird als »Amateur« diffamiert

Wer hat die Verhandlungen über die Auszahlungen aus dem Kreditprogramm zur Hängepartie gemacht? SYRIZA, tönt es aus der Eurogruppe. Doch es gibt auch andere Stimmen.

Von Vincent Körner

»Amateur«, »Zeitverschwender«: Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis ist beim Treffen der Eurogruppe in Riga am Freitag offenbar von Kollegen beschimpft worden. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf Diplomaten. Anlass sei die angeblich von der SYRIZA-geführten Regierung verschuldete Hängepartie in den Verhandlungen über das Kreditprogramm für Griechenland gewesen.

Bestätigt wurde dies nicht direkt. »Es war eine sehr kritische Diskussion«, sagte aber auch Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem. Die Frage ist, wer wirklich bei den seit Wochen andauernden

Gesprächen auf der Bremse steht. Der für den Euro zuständige EU-Kommissar Valdis Dombrovskis sagte, die Verhandlungen auf Expertenebene hätten »nicht ausgereicht«, um in Riga schon zu irgendeiner Entscheidung zu kommen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verwies bereits auf die nächste Zusammenkunft am 11. Mai. Sein österreichischer Kollege Hans Jörg Schelling forderte von Athen »jetzt dringend, dass wir Ergebnisse auf den Tisch bekommen, die entscheidungsreif sind«.

Ursprünglich sollten die Gespräche Ende April abgeschlossen sein. Ohne eine Verständigung werden rund 7,2 Milliarden Euro der zurzeit aus politischen Gründen blockierten Gelder nicht nach Griechenland fließen. Athen hat bereits eine ausführliche Liste mit Vorschlägen aufgestellt. Doch den Gläubigern gehen die Reformen nicht weit genug, beziehungsweise wollen sie eine andere politische Grundrichtung.

SYRIZA ist zwar kompromissbereit, lehnt eine Fortsetzung des als »falsche Medizin« angesehenen Kurses der Kürzungsdiktate jedoch ab. Dies bekräftigte auch Varoufakis noch einmal. Man wolle nicht auf einen Weg zurück-

»Wir haben unseren Teil dafür getan, im Euro zu bleiben. Tun Sie Ihren.«

Tsipras gegenüber Merkel

kehren, der Griechenland in die »Austeritätsfalle« geführt habe. Auch seien seiner Meinung nach die »derzeitigen Meinungsunterschiede nicht unüberbrückbar«.

Warum gibt es dann aber keine Ergebnisse? Der renommierte US-amerikanische Ökonom James K. Galbraith warf den Gläubigern vor, keine gemeinsame Linie zu

verfolgen. »Auf der griechischen Seite sitzen vielleicht zehn Leute und arbeiten an der Liste. Es gingen wesentlich schneller, wenn sie wüssten, was die Institutionen verlangen«, sagte er gegenüber »Spiegel online«. Die Gläubiger seien sich untereinander »gar nicht einig«.

Galbraith glaubt indes, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel »sehr gerne eine Lösung der Krise hätte. Ich weiß aber nicht, ob die EZB das auch möchte oder ob sie die Regierung so lange einzwängen wollen, bis sie kapituliert.« Merkel war am Donnerstag erneut mit dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras zusammengekommen. Sie nannte das Gespräch danach »konstruktiv«, wollte sich aber zum Inhalt nicht äußern. »Bild« berichtete, Merkel habe zu Tsipras gesagt: »Ich will, dass Griechenland im Europa bleibt.« Tsipras habe darauf geantwortet: »Wir haben unseren Teil dafür getan. Tun Sie Ihren.«

Kadyrow erteilt Schießbefehl gegen Russen

Tschetschenischer Republikchef versichert Kreml seiner Loyalität

Grosny. Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow hat Schießbefehl gegen jeden russischen Soldaten erteilt, der sich unerlaubt in der Kaukasusrepublik aufhält. Der tschetschenische Sender Grosny TV zeigte am Donnerstag ein Video, das Kadyrow offenbar bei einer Ansprache vor Spezialkräften seines Landes zeigt. Darin sagt Kadyrow: »Ich stelle offiziell fest: Wenn (ein Soldat) ohne Genehmigung auf Eurem Territorium erscheint, komme er nun aus Moskau oder Stawropol, schießt um zu töten.« Kadyrow versicherte laut russischen Medien aber auch: »Ich bin ein Mann des Kreml, ein Mann Putins.«

Hintergrund war offenbar ein Zwischenfall mit Sicherheitskräften aus dem südrussischen Stawropol, die ohne Abstimmung mit Grosny zu Wochenbeginn in Tschetschenien operierten. Seine Sicherheitskräfte hätten schließlich auch nicht das Recht, gegen Extremisten im benachbarten Inguschetien vorzugehen, sagte Kadyrow. »Wenn man Herr seines Territoriums ist, muss man darüber wachen.«

Das russische Innenministerium kritisierte die Äußerungen Kadyrows in einer dünnen »offiziellen Erklärung« als »inakzeptabel«. Der Sprecher von Russlands Präsident Wladimir Putin, Dmitri Peskow, erklärte lediglich: »Wir haben es gesehen. Wir haben es gehört. Wir haben es gelesen. Ich werde keinen Kommentar dazu abgeben.«

Von einem »besonderen Status«, den die Kaukasusrepublik und deren Chef genießen würden, sprach der Chef der Menschenrechtszentrens Memorial, Alexander Tscherkassow. Anderenfalls hätte Kadyrow einen solchen Befehl nicht geben können, zierte ihn »Echo Moskwy«. AFP/nd

Neues Dokument belastet Chef der Deutschen Bank

Postbank-Mitarbeiter fordern Kündigungsschutz bis 2020

Frankfurt am Main. Bei hausinternen Ermittlungen zur Rolle der Deutschen Bank beim Steuerbetrug mit Emissionshandelszertifikaten sind einem Medienbericht zufolge Dokumente aufgetaucht, die den Ko-Chef der Bank, Anshu Jain, und weitere Vorstandsmitglieder belasten. Die Dokumente wiesen darauf hin, dass die Vorstände bereits 2009 von Betrugsrisiken im Handel mit CO₂-Zertifikaten wussten, berichtete der »Spiegel« am Freitag. Neben Jain sollen unter anderem auch Finanzvorstand Stefan Krause und IT-Vorstand Henry Richotte betroffen sein. Ein Sprecher der Deutschen Bank erklärte gegenüber AFP: »Unsere Untersuchung des CO₂-Sachverhalts dauert an. Wir kooperieren mit den entsprechenden Behörden.« Seit 2009 ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Steuerbetrugs beim Handel mit Emissionszertifikaten, in den auch Deutschlands größtes Geldhaus verwickelt sein soll.

Laut »Spiegel« lösten die neuen Informationen »Alarmstimmung« im Aufsichtsrat aus. Dieser war am Freitag in Frankfurt zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um über Pläne zur Neuausrichtung der Deutschen Bank zu beraten. Diese soll sich künftig auf die Bereiche Investmentbanking und Vermögensverwaltung beschränken. Zu diesem Zweck soll die bisherige Tochter Postbank verkauft werden. Anlässlich der Sitzung demonstrierten nach Angaben der Gewerkschaft ver.di rund 400 Postbank-Beschäftigte vor der Zentrale der Deutschen Bank. Sie forderten die Verlängerung des Kündigungsschutzes für die rund 10 000 Tarifbeschäftigten bis 2020. Agenturen/nd

ISSN 0323-4940

